

Protokoll
der öffentlichen Sitzung (Nr. 10/23-27) des Beirates Neustadt
am Donnerstag, den 06.06.2024,

in der Aula der Wilhelm-Kaisen-Oberschule, Valckenburghstraße 1-3, von 19:00 bis 21:28 Uhr

Anwesend:

Ulrike Heuer (B90/DIE GRÜNEN)	Janne Müller (B90/DIE GRÜNEN)	Udo Schmitz (SPD)
Christian Kok (DIE LINKE; ab 19:07 Uhr)	Colin Nolte (BD)	Kai Stührenberg (DIE LINKE)
Lars Köke (DIE PARTEI)	Jens Oppermann (SPD)	Martina Tallgauer-Bolte (B90/DIE GRÜNEN)
Gabriele Mahro (DIE LINKE)	Johannes Osterkamp (B90/DIE GRÜNEN)	Marcus Tödtheide (CDU)
Vibke Martens (SPD; bis 20:32 Uhr)	NEN)	Renee Wagner (CDU)
Anke Maurer (BSW)	Azalea Rahman (SPD; ab 19:15 Uhr)	
	Britta Schmidt (FDP)	

Fehlend: Marlin Meier (B90/DIE GRÜNEN)

Referent:innen: Herr Casper (Die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration), Frau Höfling-Engels (Innere Mission Bremen), Herr Sartoris und Herr Peper (Polizei Bremen), Herr Stahl, Herr Ehmke und Herr Kerber (GEWOBA), Herr Wirth (Wirth Architekten BDA)

Gäste: Vertreter:innen der Polizei, der Presse und weitere interessierte Bürger:innen

Vorsitz: Uwe Martin

Protokoll: Viktoria Hochlan (beide Ortsamt Neustadt/Woltmershausen)

Abkürzungen: BM = Beiratsmitglied, BS = Beiratssprecher, OAL = Ortsamtsleitung, FA = Fachausschuss, KLdW = Klinikum Links der Weser

Die beiden BS bedanken sich im Namen des Beirates Neustadt bei dem Team des Ortsamtes für das Fortführen der reibungslosen Abläufe trotz längerer Abwesenheit der OAL. Ebenso betonen sie, dass sie sich über die Genesung der OAL freuen und hoffen für alle, dass nun wieder alles in gewohnten Bahnen verlaufen werde.

TOP 1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt und die Tagesordnung wird genehmigt. (einstimmig)

TOP 2. Genehmigung des Protokolls vom 02.05.2024 (Nrn. 09/23-27)

Die OAL erklärt, dass gewünscht ist, das Protokoll der Beiratssitzung vom 02.05.24 unter den TOP 1 und TOP 4 entsprechend der allen BM bereits mitgeteilten Änderungswünsche, anzupassen. Die Änderungswünsche werden verlesen.

Beschluss: Das Protokoll der Beiratssitzung vom 02.05.24 wird den verlesenen Änderungswünschen entsprechend geändert. (einstimmig bei zwei Enthaltungen)

Der vorliegende Protokollentwurf wird mit der angesprochenen Änderung genehmigt. (einstimmig bei zwei Enthaltungen)

TOP 3. Aktuelle Stadtteilangelegenheiten

- **Bürger:innenanträge, Fragen und Wünsche in Stadtteilangelegenheiten**
 - Eine Bürgerin erwähnt, dass am 22.09.24 die 27. Bremer StraßenSpielAktion zum Weltkindertag stattfinden solle. Hierfür bitte sie um Mithilfe, damit sich viele Straßen finden, die an dem Tag gesperrt und durch Kinder bespielt werden könnten. Eine [Anmeldung](#) der entsprechenden Straßen müsse bis zum 08.07.24 erfolgt sein.
 - Eine weitere Bürgerin erläutert die aktuelle Parksituation. Sie sei in der Kornstraße beim Özbim Center wohnhaft. Sie gehe davon aus, dass die Parksituation allen BM bekannt sei, weshalb sie diese nicht näher erläutere. Sie wünsche sich keinen Verweis an das Ordnungsamt, sie wünsche sich diesbezüglich tatsächliche Unterstützung vom Beirat.
Diese Thematik nehme der Beirat mit.

- **Berichte der Beiratssprecher**
 - Der BS berichtet, dass das SummerSounds-Festival, das vom 31.05.-02.06.24 stattgefunden habe, mit über 30.000 Besucher:innen als sehr erfolgreich angesehen werden könne. Überdies habe am 02.06.24 in diesem Rahmen ein netter Brunch mit einigen BM und Bürger:innen stattgefunden.
 - Am 28.05.24 habe der Senat beschlossen, in Sachen der Umbenennung der Langemarckstraße die Bürgerbeteiligung nachzuholen. Dies soll durch den Beirat Neustadt und das Ortsamt umgesetzt werden. Der BS betont, dass der ursprünglich angestrebte Termin zur Umbenennung, der 08.11.24, nicht eingehalten werden könne. Daher werde der Koordinierungsausschuss über das weitere Vorgehen beraten, sodass der Prozess letztendlich alle Beteiligten einbeziehe.
Ein BM vom DIE PARTEI betont, dass er den Senatsbeschluss nicht nachvollziehen könne, da eine Bürgerbeteiligung stattgefunden habe.
 - Der BS informiert über den aktuellen Stand des Bunkerfundes am Delmemarkt. Ein Statiker sei vor Ort gewesen und habe festgestellt, dass der Bunker zu instabil sei und den Marktplatz nicht halten könne. Daher müsse der Boden aufgemacht, der Bunker entfernt und das Loch wieder aufgefüllt werden. Während der Arbeiten sei der Delmemarkt komplett nicht nutzbar. Der Beirat werde über die weiteren Schritte informieren.

- **Berichte des Amtes**
 - Die OAL erläutert den von SUKW mitgeteilten Sachstand zu den Baumpflanzungen in der Delmestraße. Durch SUKW seien im 2. Halbjahr 2023 Suchschachtungen in der gesamten Delmestraße durchgeführt worden. Hierbei handele es sich um ein langwieriges Verfahren bei dem die Einhaltung der Reihenfolge aller durchzuführender Schritte wichtig sei. Dabei hätten sich Verzögerungen ergeben. Das Ergebnis sei, dass es für Baumnach- und –neupflanzungen keine einfache Lösung gebe. Daher befänden SUKW und SBMS sich gerade in enger Abstimmung, um die Delmestraße „grün“ zu halten.
 - Die OAL informiert, dass die Turnhalle im Air-Port-Lab der HS Bremen, die als Notunterkunft für unbegleitete minderjährige Ausländer:innen genutzt worden sei, seit dem 10.04.24 nicht mehr als Notunterkunft genutzt werde. Die Einrichtung sei aufgelöst.
 - Die OAL teilt allen Anwesenden mit, dass am 03.07.24 von 13.00-15.00 Uhr die Präsentation einer Projektarbeit der Studierenden der Hochschule Bremen stattfinden werde. Bei dem Projekt handele es sich um das Modul CAMPUSGRÜN. Alles finde auf dem Vorplatz des Campus Neustadtswall statt und es sei eine öffentliche Veranstaltung.
 - Die OAL berichtet, dass ein Architekturwettbewerb zur weiteren Verwendung der umgedrehten Kommode stattgefunden habe und am 06.06.24 abgeschlossen worden sei. Westphal Architekten BDA hätten durch ein einstimmiges Votum gewonnen und seien nun interessiert daran, den Prozess möglichst zeitnah in Gang zu setzen.
Ein BM der SPD-Fraktion erkundigt sich, warum der Beirat an diesem Verfahren nicht beteiligt gewesen sei.

Die OAL erläutert, dass zum Wettbewerb vom Investor Behördenvertreter:innen (hier auch die OAL) und die beiden BS eingeladen gewesen seien. Die BS seien an der Informationsveranstaltung z.t auch an der Jurysitzung anwesend gewesen. Wettbewerbe an sich seien jedoch grundsätzlich eingeladene Veranstaltungen und daher nichtöffentlich. Eine Projektvorstellung des Architekturbüros vor dem Beirat erfolge zu gegebener Zeit noch.

TOP 4. Bericht aus dem Regionalausschuss Klinikum Links der Weser

Ein Mitglied des Regionalausschusses KLdW berichtet, dass es seit der letzten Sitzung des Regionalausschusses, am 24.04.24, keine Neuigkeiten ergeben hätten. Die nächste Sitzung finde am 18.06.24 statt. Dort werde über das weitere Vorgehen beraten.

Ein Bürger erkundigt sich, ob bisher keine konkreten Pläne diskutiert worden seien.

Das Mitglied des Regionalausschusses verweist auf die [Beiratssitzung am 02.05.24](#). Dort sei erläutert worden, dass ein Ärztehaus die ambulante Gesundheitsversorgung sicherstellen solle.

TOP 5. EAE-Außenstelle - temporär in Neuenlander Straße Nr. 64

Zu diesem TOP hat Herr Casper (SASJI) eine [Präsentation](#) mitgebracht. Er ist bei SASJI für Grundsatzangelegenheiten, die Begleitung Jugendlicher, zuständig.

Herr Casper erläutert das aktuelle Lagebild. Die Jugendliche blieben in den seltensten Fällen in den Kommunen, in denen sie ankommen würden. Es erfolge eine Aufteilung der Versorgung von unbegleiteten minderjährigen Ausländer:innen nach einem bestimmten Schlüssel. Diesen habe Bremen schon lange übererfüllt.

Dennoch erfolge bei den Jugendlichen eine vorläufige Inobhutnahme. In diesem Zuge finde eine gesundheitliche Untersuchung der Minderjährigen statt. In einem nächsten Schritt würden Gespräche mit dem Jugendamt stattfinden, um die Minderjährigkeit der unbegleiteten jungen Menschen festzustellen. In diesem Schritt seien ca. ein Viertel der jungen Menschen durch das Jugendamt wieder entlassen worden, weil die Minderjährigkeit nicht feststellbar gewesen sei. Hätten die Jugendlichen alle Schritte durchlaufen würden sie der Umverteilung unterliegen, sofern es dafür keine Ausschlusskriterien, wie bspw. Verwandtschaft / Traumata u.a., gebe.

In Bremen unterliege die Zuwanderung geflüchteter minderjähriger Ausländer:innen starken saisonalen Schwankungen. In den Sommermonaten würden mehr junge Menschen in Bremen eintreffen. Daher sei die vorübergehende Nutzung einer zweiten Einrichtung unerlässlich.

Herr Casper führt aus, dass die Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) für unbegleitete minderjährige Ausländer:innen in der Steinsetzer Straße umgebaut werde. Sie biete normalerweise Platz für 135 junge Menschen. Bei dem Umbau handele es sich um einen langwierigen Prozess, weshalb vom Sozialressort übergangsweise das Gebäude in der Neuenlander Straße für zwei Jahre angemietet worden sei. Dies solle zum 01.07.24 bezugsfertig sein und Platz für 36 Jugendliche bieten. In der Steinsetzer Straße würden weiterhin 60 Plätze zur Verfügung stehen.

Frau Höfling Engels von der Inneren Mission Bremen ergänzt, dass eine Betreuung der jungen Menschen durch ein junges Team der Inneren Mission rund um die Uhr übernommen werde. Dies setze sich zusammen aus einem Caterer, Hausmeister, Sicherheitsdienst, Verwaltung, medizinischer Koordination, Psychologen usw. Außerdem handele es sich bei den pädagogischen Kräften um ein mehrsprachiges Team, was sich im Erstkontakt mit den Minderjährigen als sehr hilfreich erweise.

Abschließend betonen Herr Casper und Frau Höfling-Engels, dass man sich bei Nachfragen und Problemen gerne an sie wenden könne.

Ein BM der Fraktion DIE LINKE erkundigt sich danach, wie viele Mädchen in Bremen ankommen würden und ob die jungen Menschen direkt in den Schulbetrieb eingegliedert werden würden.

Frau Höfling-Engels erläutert, dass es sich bei den jungen Menschen, die in Bremen ankommen bei ca. 10% um Mädchen handle. Außerdem würden die Jugendlichen während der vorläufigen Inobhutnahme nicht eingeschult. Dabei handle es sich lediglich um eine Durchgangphase, bevor sie auf andere Kommunen verteilt würden. Diese Phase dauere ca. 4-5 Wochen. Währenddessen würden die jungen Menschen eng begleitet werden, sodass sie dennoch erste Deutschlern-Impulse erhalten würden. Außerdem würden Kooperationspartner, wie Hood Training oder Werder Bremen, vielseitige Freizeitangebote ermöglichen. Sobald die unbegleiteten minderjährigen Ausländer:innen in einer stationären Einrichtung unterkommen, würden sie eingeschult werden.

Ein BM der FDP fragt nach, wie lange der Verweilprozess andauere, bis die jungen Menschen auf andere Kommunen umverteilt würden. Überdies interessiere sie, wie es um die Möglichkeit einer Ausbildung stehe.

Frau Höfling-Engels gibt an, dass die vorläufige Inobhutnahme innerhalb eines Monats abgeschlossen sein solle. Bzgl. der beruflichen Orientierung sei das zuständige Jugendamt in der Verantwortung, die jungen Menschen zu fördern.

Ein Mitglied der CDU-Fraktion gibt an, dass ein großer Anteil der jungen Menschen ohne Ausweispapiere in Bremen ankomme. Wie könne festgestellt werden, dass es in Bremen eine Familienzugehörigkeit gebe?

Frau Höfling-Engels erläutert, dass in einem ersten Schritt getrennte Gespräche zwischen dem Jugendamt, den jungen Menschen und den angegebenen Verwandten gebe. Diese würden auch zum Schutz der Jugendlichen stattfinden, da diese häufig Opfer von Menschenhandel seien. Überdies würden weitere angegebene Verwandte, auch im Ausland, telefonisch kontaktiert und befragt. Insgesamt handle es sich um ein intensives Verfahren.

Der BS bedankt sich bei den Referenten und betont, dass er sich auf einen engen Kontakt und regen Informationsaustausch freue.

TOP 6. Bericht: Polizeiliche Kriminalstatistik für die Neustadt

Herr Sartoris und Herr Peper von der Polizei Bremen erläutern die [aktuelle polizeiliche Kriminalstatistik](#).

Herr Sartoris erläutert die aktuelle Situation bei der Polizei Bremen. Dass die strategische Ausrichtung vor allem folgende Bereiche umfasse: Absicherung der zentralen Prozesse (u.a. Polizeinotruf 110), Bewältigung von Sonderlagen (z.B. Fußball EM), Versammlungen (zuletzt vermehrt durch bspw. den Nahostkonflikt) und besondere Phänomenbereiche (z.B. Soko Junge Räuber).

Überdies müsse die Polizei die bürgernahe Arbeit in den einzelnen Stadtteilen gewährleisten. Hierunter würden zusätzliche Prävention und Netzwerkarbeit fallen. Kürzlich seien die Kontaktbeamten bspw. auf dem SummerSounds Festival anzutreffen gewesen.

Herr Sartoris führt die Hintergründe der Kriminalstatistik aus. Die Aufklärungsquote sei im Vergleich zum vorangegangenen Jahr von 46% auf 48% gestiegen. Dies liege unter anderem daran, dass die „Halde“ im vergangenen Jahr vermehrt abgearbeitet worden sei.

Insgesamt sei die Anzahl an Delikten, in fast jeder erfassten Kategorie gestiegen, was auch auf die angespanntere wirtschaftliche Lage zurückgeführt werden könne. Der Anstieg an Kriminaldelikten sei in der Neustadt im Vergleich zum restlichen Bremer Süden verhältnismäßig.

In der polizeilichen Kriminalstatistik seien Delikte, wie Körperverletzungsdelikte, Taschendiebstahl, Wohnungseinbruchdiebstahl, Fahrraddiebstahl und Betrug erfasst worden.

Die letzten beiden Kategorien, so Herr Sartoris, seien auf einem gleichbleibenden Niveau bzw. haben sich sogar verringert.

Auch äußert Herr Sartoris sich zur Situation der BTM konsumierenden Menschen. Durch die Umorientierung der Szene vom Lucie-Flechtmann-Platz zu dem neu platzierten Container am Hohentorspark habe sich die Situation am und um den Lucie-Flechtmann-Platz stark entspannt. Bis einschließlich 30.06.24 gelte der Bereich noch als besonderer Kontrollort. Darüber hinaus werde die Notwendigkeit, diesen weiter als solchen zu deklarieren, nicht gesehen.

Auch am Hohentorspark sei die Situation wesentlich entspannter als am Lucie-Flechtmann-Platz zuvor. Dort würden sich weniger Personen aufhalten und es komme seltener zu besonderen Vorkommnissen, bei denen die Polizei einschreiten müsse.

Ein BM der SPD erkundigt sich, wie die Szene sich verteilt habe, wenn nun am Hohentorspark weniger Menschen angetroffen würden, als zuvor am Lucie-Flechtmann-Platz.

Herr Sartoris gibt an, dass er nur Vermutungen anstellen könne. Er halte es jedoch für wahrscheinlich, dass die geografische Lage der Örtlichkeit am Hohentorspark nicht sehr attraktiv sei. Hier handele es sich jedoch um eine ruhige, eher homogene Gruppe, die nicht in den Fokus geraten wolle. Wo die Hauptstörer sich aufhalten würden, wisse er nicht. Eine Möglichkeit sei die Abwanderung zur Piepe. Diese sei schon länger ein Szenetreffpunkt.

Es lasse sich zusammenfassen, dass die enge Betreuung des Standortes am Hohentorspark durch soziale Träger und die gute behördenübergreifende Zusammenarbeit für eine reibungslose Umsiedlung und nun ein ruhiges Zusammenleben am Hohentorspark gesorgt hätten.

Ein Mitglied der FDP-Fraktion erkundigt sich nach der „Halde“ und ob dort nun weiterhin viele Kräfte gebunden seien oder ob diese nun abgearbeitet sei.

Herr Sartoris erläutert, dass es nach wie vor Bearbeitungsrückstände gebe, dass jedoch keine Beamten aus dem Polizeikommissariat Süd mehr eingebunden seien.

Ein Mitglied der Partei DIE LINKE fragt nach, wie es um die Zahlen für häusliche Gewalt stehe.

Hierzu entgegnet Herr Sartoris, dass diese nicht extra ausgewiesen sei und vermutlich in die Körperverletzungsdelikte inbegriffen seien. Er werde dies Zahlen jedoch nachliefern und an das Ortsamt steuern.

TOP 7. GEWOBA: Gottfried-Menken-Markt (Projektvorstellung)

Herr Stahl, Leitung Geschäftsbereich Bremen Nord/Mitte/Süd und Nordwest-Niedersachsen, präsentiert in Begleitung von Herrn Ehmke und Herrn Kerber, beide ebenfalls GEWOBA, sowie Herrn Wirth, Wirth Architekten BDA; das aktuelle [Vorhaben der GEWOBA](#).

Herr Wirth erläutert, den bisherigen Zwischenstand. Der bisherige Nettomarkt am Gottfried-Menken-Markt sei wesentlich kleiner als der Markt, der nun geplant sei. Dies liege vor allem daran, dass kleinere Märkte heute nicht mehr wirtschaftlich seien.

Aktuell befinde man sich in enger Abstimmung mit allen Akteuren, so z.B. mit dem Amt für Straßen und Verkehr zur Planung der Anlieferungsschleifen für die LKW.

Im oberen Bereich, über dem Nettomarkt, sei geplant, eine Arztpraxis für Allgemeinmedizin unterzubringen. Hier habe es noch keine Vertragsunterzeichnung gegeben.

Das Dach und das gesamte Gebäude sollen, so Herr Wirth, stark begrünt werden, da das neue Gebäude prägnanter sein werde, als das alte und es sich so schöner in die Umgebung der Gartenstadt einfüge. Es sei geplant, das Gewerbegebäude, wie in der restlichen Gartenstadt üblich, pavillonartig mitten zwischen den Wohngebäuden zu platzieren. So solle der aktuelle Charme der Gartenstadt erhalten bleiben.

Ein Mitglied der FDP und eines von B90/DIE GRÜNEN erkundigen sich, ob es schon Bewerber für die Arztpraxis im OG gebe und wie die konkrete Planung aussehe.

Herr Stahl gibt an, dass es konkrete Bewerber gebe. Hier sei noch kein Vertragsabschluss zustande gekommen, weshalb er diesbezüglich keine weiteren Informationen preisgeben könne.

Ein BM der CDU-Fraktion erkundigt sich nach dem zeitlichen Vorgehen.

Herr Wirth antwortet, dass das Projekt in einem Jahr zum Bauantrag gebracht werden könne. Danach werde weiter geplant, da sich dadurch bereits viele Anpassungen ergeben könnten.

Ein BM von DIE PARTEI betont, dass für dieses Projekt Bäume gefällt werden müssten. Er wolle wissen, um wie viele Bäume es sich konkret handele und ob Ersatz geplant sei.

Herr Wirth erläutert, dass insgesamt vier Bäume gefällt werden müssten, dass hierfür auf jeden Fall Ersatz gepflanzt werde. Dies sei ohnehin gesetzlich vorgeschrieben.

Ein Mitglied von B90/DIE GRÜNEN erkundigt sich danach, ob im OG nicht Wohnen vorgesehen sei.

Hierauf entgegnet Herr Wirth, dass für die Genehmigungsfähigkeit nach § 34 Baugesetzbuch notwendig sei, ein Gebäude in den aktuellen Bestand einzufügen. Die anderen Gewerbegebäude seien nur einstöckig. Er dürfe nicht höher bauen ohne gesonderte Genehmigung, weshalb in oberen Stockwerken kein Wohnen eingeplant werden könne. Der vorrangige Zweck hier sei die Nahversorgung.

Die OAL wirft ergänzend ein, dass geplant sei, in dem Gebäude ebenfalls einen Bäcker, sowie zusätzliche Angebote unterzubringen. Auch habe dieser Markt das Potenzial der weiteren Belebung des Wochenmarktes auf dem Gottfried-Menken-Markt.

Eine Bürgerin fragt nach der konkreten Distanz zwischen dem neuen Markt und dem danebenstehenden Wohnhaus. Außerdem wüsste sie gerne, wie groß der Abstand zwischen der Laderampe und dem Haupteingang des Nachbargebäudes sei.

Herr Wirth antwortet, dass er die konkreten Distanzen aktuell nicht nennen könne. Es handele sich jedoch um mehr Abstand zum Nachbargebäude, als bei dem alten Nettomarkt. Die Lieferrampe werde in das Gebäude integriert, die Außenwand solle ebenfalls begrünt werden. Dies solle die Anwohner:innen zusätzlich vor Lärm schützen. Auch werde durch den Markt ein Stück der dahinterliegenden Wiese vereinnahmt. Er gehe davon aus, dass der dort befindliche Spielplatz nicht entfernt werden müsse.

Ein BM der Fraktion DIE LINKE ergänzt, dass man sich ggf. die Situation vor Ort anschauen und alternative Standorte für den Spielplatz ausloten könne, sollte dieser nicht stehenbleiben können.

Mehrere Bürger erkundigen sich danach, wie groß das Gebäude nun konkret werde und um welchen Supermarktbetreiber es sich handle.

Herr Stahl und Herr Wirth entgegneten, dass bei dem neuen Markt 600 m² Verkaufsfläche geplant seien. Dies sei die maximal zulässige Größe laut Flächennutzungsplan. Der alte Markt habe über eine Verkaufsfläche von ca. der halben Größe verfügt.

Ein konkreter Supermarktbetreiber könne noch nicht genannt werden, weil man den Verträgen nicht vorgreifen wolle. Es handle sich jedoch um einen Betreiber, der um die Besonderheiten und Kaufkraft des Standortes wisse.

Ein Mitglied von DIE PARTEI wünscht sich nähere Informationen, sobald diese vorlägen bzw. preisgegeben werden dürften.

Die OAL betont, dass das Nahversorgungskonzept für die Neustadt nach den Sommerferien durch Referent:innen der Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation, sowie der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung vorgestellt werden solle.

Durch die OAL wird darauf verwiesen, dass in der [vergangenen Sitzung des Beirates Neustadt am 02.05.24](#) bereits die Thematik der Nahversorgung am Gottfried-Menken-Markt beraten werden sollte. Hierbei sei beschlossen worden, dass das Ortsamt eine entsprechende Anfrage mit der Bitte um Informationen an die Senatskanzlei, sowie an die Senatorische Stelle für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung stellen werde. Diese Anfrage sei bisher nicht beantwortet worden.

Zum jetzigen Zeitpunkt liege ein Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion betreffend die Situation am Gottfried-Menken-Markt vor. Dieser wird durch die OAL verlesen.

„Beschlussvorschlag:

Der Beirat Neustadt fordert alle Akteure auf, für den Bereich Gottfried-Menkenstraße/ „Menkenmarkt“ ein Quartiersnahversorgungskonzept zu erstellen. Hierfür ist ein runder Tisch einzurichten.*

** Beirat, Anwohner:Innen, Gewoba, Marktbetreiber, Gewerbetreibende, Kammern, soziale Einrichtungen/ Träger, UBB, ASV, Stadtentwicklung.*

Begründung:

Der Gottfried-Menken-Markt hat eine Nahversorgung für die Menschen in der Umgebung geboten, diese sind nun entfallen. Lebensmittel und Bäckerei sind essenziell damit sich die Menschen, die älteren Menschen, auf kurzem Wege eigenständig versorgen können. Die Aufenthaltsqualität am Platz muss wieder verstärkt werden, das öffentliche Grün gepflegt werden. Auch die sozialen Angebote, insbesondere für die älteren Bewohner:Innen, bedürfen einer Ausgestaltung.“

Ein BM der SPD äußert, dass eine Befassung nach den Sommerferien für sinnvoll erachtet werde, sobald das Nahversorgungskonzept für die Neustadt bekannt sei. Außerdem könne, auf Anregung eines anderen BM, eingearbeitet werden, dass der Runde Tisch sich nicht ausschließlich der Nahversorgung am Gottfried-Menken-Markt widme, sondern insgesamt mit der dortigen Situation befasse. Die SPD ziehe damit ihren eingereichten Beschlussvorschlag zurück.

Beschluss:

Der Beirat Neustadt befasst die Thematik des Runden Tisches zur Situation am Gottfried-Menkenmarkt nach den Sommerferien, sobald das Nahversorgungskonzept für die Bremer Neustadt ausreichend bekannt ist. (einstimmig)

TOP 8. Beschlussfassung zu: Neue Sitzkombination in den Neustadtwallanlagen

Zu diesem TOP hat die Fraktion DIE LINKE einen [Beschlussvorschlag](#) eingereicht.

Die OAL erläutert, dass das mit Beschluss vom 19.01.23 durch den Beirat Neustadt bereitgestellt Budget zur Errichtung der Lümmelbänke von UBB zur Errichtung anderer Bänke in der Neustadt ausgegeben worden sei. Daher müsse erneut über die Bereitstellung eines Budgets aus dem Stadtteilbudget für die Errichtung von Lümmelbänken beraten und beschlossen werden.

Beschluss:

Der Beirat Neustadt stellt für die Erneuerung einer 2er-Sitzkombination (Lümmelbänke) in den Neustadtwallanlagen aus seinem Stadtteilbudget einen Betrag zwischen 2.500-3.000 € pro Bank zur Verfügung. (einstimmig bei einer Enthaltung)

TOP 9. Beschlussfassung zu: Nahversorgung auf dem „Spurwerk“-Gelände

Zu diesem TOP liegt ein [Beschlussvorschlag](#) von B90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE vor.

Ein Mitglied von B90/DIE GRÜNEN erläutert ergänzend, dass Herr Peper, Projektbüro Peper & Söhne, in der Sitzung des Beirates am 04.04.24 die Pläne für das „Spurwerk“-Gelände präsentiert habe. Hierbei habe er geäußert, dass er einen Supermarkt auf dem Gelände zur Versorgung der dort beschäftigten Menschen, für sinnvoll erachte, das Nahversorgungskonzept jedoch keinen Supermarkt vorsehen würde.

Der Beirat könne den Wunsch verstehen und sehe dort ebenfalls einen kleinen Supermarkt, der jedoch mit den umliegenden Supermärkten nicht in Konkurrenz stehen solle.

Ein BM der SPD-Fraktion betont, dass der Beirat dies ausschließlich im rechtlich möglichen Rahmen fordern solle.

Ein Mitglied von DIE LINKE erkundigt sich, ob es sich bei dem Laden um einen Kiosk handle.

Es wird geantwortet, dass kein Kiosk vorschwebe, sondern ein kleiner Laden für den täglichen Bedarf und zur Abdeckung der Bedürfnisse für die Mittagspause.

Beschluss: Der Beirat Neustadt spricht sich dafür aus, am neuen Gewerbestandort „Spurwerk“ am Neustadtsbahnhof die Genehmigung für den Betrieb eines kleinen Nahversorgers zu erteilen, wenn eine entsprechende Genehmigung beantragt wird und die erforderlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Hierdurch soll den an diesem Standort arbeitenden Menschen sowie Anwohner*innen aus dem unmittelbaren städtischen Umfeld eine fußläufig erreichbare Gelegenheit zur Selbstversorgung mit Lebensmitteln, Zeitungen und Zeitschriften sowie sonstigen täglichen Bedarfen ermöglicht werden. Im Einklang mit den Zielen des Zentren- und Nahversorgungskonzepts sollte eine flächenmäßige Höchstgrenze der Größe festgelegt werden, um diese neue Nahversorgungsmöglichkeit angemessen in das schon bestehende Einzelhandelsumfeld in der Neustadt und in Woltmershausen einzufügen. (14 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung)

TOP 10. Beschlussfassung zu Globalmittelanträgen

a) Antrag: Slacklining Bremen e.V., Etablierung zweier siebzig Meter langer Freestyle-Lines vom 01.06.24-31.08.24, Antragssumme: 6.187,49 € (Nr. 26/2024)

Herr Esche, der Antragsteller, ist anwesend, um Fragen der BM beantworten zu können.

Zwei BM von B90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE erkundigen sich nach der Zielgruppe. Sie erscheine bei einem derartigen Projekt eher klein. Gebe es außerdem begleitende Aktivitäten.

Herr Esche betont, dass die Slackline-Szene fast ausschließlich in der Neustadt wohne. Außerdem vernehme er viel positives Feedback aus der Bevölkerung. Es stehe jedem Frei, die Slacklines zu nutzen. Doch gerade bei Anfänger:innen sei durch den Verein eine enge Begleitung vorgesehen.

Ein weiteres BM von DIE LINKE bittet darum, die hohe Antragssumme erläutert zu bekommen.

Diese setze sich, laut Herrn Esche, aus den relativ teuren Bodenankern zusammen. Diese müssten aufgebaut werden, um die Bäume zu schützen, da die Lines nicht direkt an den Bäumen befestigt werden dürften. Ca. 60 % des Budgets würden in die Bodenanker und den Aufbau der Halterung fließen. Der Rest werde genutzt für ein Rettungsset, Aufstiegsmaterial etc. Sicherlich stelle der Verein ebenfalls eigenes Material, was jedoch für dieses Projekt nicht ausreiche.

Die BM von B90/DIE GRÜNEN erkundigen sich, wie lange das Equipment genutzt werden könne und ob es für einen anderen Standort wiederverwendbar sei.

Herr Esche gibt an, dass die Bodenanker mindestens fünf Jahre, meist jedoch länger nutzbar seien. Diese würden im Boden bleiben, da die Stadtstrecke ohnehin neugestaltet werde und dann feste Pfosten für Slacklines eingeplant seien. Bis dahin würde der Standort über die Bodenanker nutzbar sein. Die Lines müssten aus Sicherheitsgründen jedes Jahr erneuert werden. Hier handele es sich um ca. 800,- € pro Jahr. Diese Kosten könne der Verein selbst tragen. Daher sei in naher Zukunft kein weiterer Antrag in der Höhe vom Verein zu erwarten.

Beschluss: Der Beirat Neustadt bewilligt 6.187,49 € zur Förderung der Etablierung zweier siebzig Meter langer Freestyle-Lines aus Globalmitteln. (12 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 3 Enthaltungen)

b) Antrag: Das kleine Weserorchester e.V., Orchesterprojekt 2024 vom 20.08.24-01.10.24, Antragssumme: 2.466,03 € (Nr. 27/2024)

Frau Kessl und Frau Kunst erläutern den Grund für den Förderantrag.

Sie geben an, dass 62 Kinder und Jugendliche, im Alter von 5-20 Jahren, an dem Projekt teilnehmen würden.

Am 20.09.24, zum Weltkindertag, solle die Aufführung stattfinden.

Beschluss: Der Beirat Neustadt bewilligt 2.466,03 € zur Förderung des Orchesterprojektes 2024 aus Globalmitteln. (einstimmig)

c) Antrag: Bremer Shakespeare Company e.V., DIE GANZE WELT IST EINE BÜHNE, Einwöchiger Theaterworkshop, Antragssumme: 2.286,00 € (Nr. 25/2024)

Frau Heitmann steht den BM für Rückfragen zur Verfügung.

Ein BM der FDP fragt nach, welche weitere Förderung das Projekt erhält und warum die beantragte Summe als fehlend ausgewiesen sei.

Frau Heitmann gibt an, dass eine Förderung durch die Deutsch-Türkische Jugendbrücke, durch das Goethe-Institut und die Senatskanzlei gefordert werde. Der beantragte Förderbedarf sei in der Summe vom letzten Jahr übernommen worden. Die Kosten seien jedoch vollumfänglich gestiegen, weshalb der Antrag ebenfalls beim Beirat Neustadt gestellt worden sei. So müssten elf Personen untergebracht und verpflegt werden (inklusive Workshop Leitung). Außerdem solle es am Ende der Sommerferien eine Aufführung geben.

Die BM wünschen sich eine Terminmitteilung für die Endaufführung des Workshops.

Beschluss: Der Beirat Neustadt bewilligt 2.286,00 € zur Förderung des einwöchigen Theaterworkshops aus Globalmitteln. (einstimmig bei vier Enthaltungen)

TOP 11. Verschiedenes

- Die OAL macht auf eine Broschüre zum Thema „Bremer Häuser im Klimawandel“ aufmerksam, die die Gäste sich gerne mit nach Hause nehmen können.
- Ein BM erinnert an eine Einladung des Kulturbeutel e.V. ins IRGENDWO. Am 09.06.24 sei der Beirat eingeladen, mit den Bürger:innen über aktuelle Themen der Stadtteilentwicklung zu diskutieren. Bisher gebe es lediglich vier Anmeldungen.
- Herr Esche fragt den Beirat, ob dieser sich für die Beschleunigung der Bearbeitung der wasserrechtlichen Genehmigung einsetzen könne, da der Verein vergangenes Jahr fünf Monate auf einen Bescheid habe warten müssen.
Die OAL bitte Herrn Esche, dieses Anliegen per E-Mail an das OA zu übermitteln.
- Eine Bürgerin merkt an, dass sie sich einen Zebrastreifen oder eine Fußgängerampel im Kirchweg bei der Kita wünsche. Im vergangenen Jahr sei diese mehrfach beantragt, sei jedoch nicht gebaut worden.
Ein BM der SPD gibt an, dass der entsprechende Fachausschuss des Beirates sich im vergangenen Jahr zweimal mit der Thematik befasst habe. Beide Male seien die Anträge abgelehnt worden.
Die BM versprechen, sich diesem Anliegen erneut im Fachausschuss zu widmen.

Johannes Osterkamp
Beiratssprecher

Uwe Martin
Sitzungsleitung

Viktoria Hochlan
Protokollführung